

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt überjährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf. Bei allen württ. Postämtern und Boten im Orts- u. Nachbarortverkehr monatl. M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hierzu Bestellschein 25 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad. Verkündigungsblatt der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle u. während der Saison mit aml. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Nasenbreite 10 Pfg., als Monatsblätter 6 Pfg. pro Zeile. Bestanden 15 Pfg. die Zeile. Bei Wiederholungen entsprech. Rabatt. Abonnements nach Vereinbarung. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Religion und Politik.

Aus dem Leonberger Wahlkreis, wo heute Mittwoch Wahltag ist, wird uns geschrieben:

Es war ja vorauszusetzen, daß in diesem Wahlkampf, der gegenwärtig im Leonberger Amtsbezirk ausgetragen wird, die Frage des Verhältnisses von Religion und Politik auch mit zur Erörterung kommt. Immer wieder von Seiten der Konservativen und des Bundes der Landwirte behauptet, daß sie allein die Förderer und Stützen der Religion im öffentlichen Leben seien. Und in der Tat ist man sogar so weit gegangen, daß man sowohl den Gemeindefrat als auch das Ausschüssen der Versammlung verweigerte mit der Begründung: „eine solche Versammlung sei dem religiösen und geistigen Leben der Gemeinde nicht dienlich.“ Das ist eine unerhörte Selbstüberhebung und eine Verächtlichmachung unserer Arbeit, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß. Aber es ist das alte Lied. Man spielt die Religion hinüber lediglich auf das Gebiet des Glaubens und für wahr halten. Ob die Handlungen im Leben das bedeuten, was man sich in bequemer Weltabgeschiedenheit immer vorfagt und woran man sich in stillen Feierstunden begibt, darnach wird nicht soviel gefragt. Man übersteht vollständig die Forderungen der Zeiten und der Verhältnisse und bemüht sich deshalb auch nicht, sie darauf hin zu unteruchen, ob nicht auch neue Formen des religiösen, geistigen und politischen Lebens berechtigt und notwendig sind. Was nicht konservativ ist, hat für solche einseitigen und engherzigen Menschen keinerlei Berechtigung, auch nicht die, ehrlich ein religiöses Leben unseres Volkes sich zu beteiligen. Das ist eine außerordentliche Einschränkung des Lebensbereiches der Religion. Die Menschen sollen sich doch nicht einbilden, überall die treibenden Kräfte und die lebendigen Bestimmungen so sicher feststellen zu können, daß man sie schematisch gliedern könnte — hier christlich — hier unchristlich.

Es sind auf konservativer Seite sicher auch viel unedle und unchristliche Motive vorhanden und es sind in allen anderen Parteien Leute an der Arbeit, denen lautere Absichten und größte Selbstlosigkeit nicht abgesprochen werden kann, die letzten Endes auf die Quelle religiösen Lebens zurückgehen. Das ist ja mit einer der großartigsten Bewegungen unserer Zeit, wie überall nach einem neuen Zusammenhang mit dieser uralten und ewigen Kraft gesucht wird und es ist erbärmlich, wenn man um politischer Parteivorteile willen, diese Entwicklung hemmt und

erschwert. Viel richtiger und dem Geiste der Religion dienlicher würde es sein, wenn jene Kreise sich mehr mit den großen und schweren Problemen unserer Zeit beschäftigen und in diesem Sinn dann auch an der Arbeit beteiligen würden. Man könnte dann nicht zu der Auffassung kommen, als ob das sorgende Schaffen des Volkes an seiner Wirtschaft, seinem Recht, seiner Macht, seiner Kultur — und das ist doch der Inhalt der Politik — etwas sei, was religiösen Anschauungen zuwiderlaufe. Es ist doch allmählich allgemein zugestanden, daß es auch für das geistige und sittliche Leben eines Volkes nicht gleichgültig ist, wie seine äußeren Lebensbedingungen beschaffen sind. Das hat Schiller so ausgesprochen: „Der Mensch ist zwar noch wenig, wenn er warm wohnt und satt zu essen hat, aber er muß doch warm wohnen und satt zu essen haben, bevor seine höhere Natur in ihm sich regt.“ Wie soll da ein solcher Gegensatz sein zwischen Religion und Politik.

Nun aber gar meinen zu wollen, daß die Religion selbst irgend etwas für die Parteistellung vorschreibe, ist ein völlig verfehltes Unterfangen. Wenn man den Konservatismus religiös begründet, etwa mit dem Hinweis auf das paulinische Wort „Jedermann sei untertan der Obrigkeit etc.“ so hat auf der anderen Seite die Hauptlage gegen Jesus selbst gelaufen: „er hat das Volk erregt, darum bringen wir ihn zu dir.“ Und mancher Heros des deutschen Volkes ging politisch seinen Weg im Gegensatz zu der herrschenden Stimmung und dem jeweils als zuverlässig anerkannten Patriotismus. Man denke an Ernst Moritz Arndt, Stein und andere. Sie hatten ihre Unbeugsamkeit im Kampfe und ihre Kraft zur Opposition eben aus der starken religiösen Grundlage geschöpft, auf der ihr Leben gegründet war. Niemand von uns wird sagen, daß nun Christentum und Demokratie zusammengehören. Aber das verlangen wir, daß man hier jeden seine Entscheidung treffen lasse nach Maßgabe der politischen und wirtschaftlichen Zustände die er vorfindet und entsprechend den Zielen, die er für erstrebenswert hält. Die Zugehörigkeit zu politischen Parteien hat mit der religiösen Anschauung eines Menschen nichts zu tun, wenn nur innerhalb der Partei Toleranz geübt wird, gegenüber den Ueberzeugungen der Mitglieder und ihre Ziele nicht religionsfeindlich sind. Daß die Fortschrittliche Volkspartei dem entspricht, braucht nicht erst bewiesen zu werden und die Gegner von rechts bemängeln es ja gerade, daß eine so unadelige Persönlichkeit wie Schultheiß Hartmann — der für uns viel zu gut sei — von der Partei

anerkannt worden ist. Sie sind es auch, die öffentlich aufgestachelt haben, man möge doch die Kandidaturen der evangel. Geistlichen zum Reichstag, die von uns aufgestellt sind, zu Fall bringen. Immer wo bei uns Menschen sich zeigen, die in lebendigem Zusammenhang stehen, mit dem religiösen Leben unserer Zeit, werden sie besonders scharf bekämpft. Das geschieht nicht um der Religion zu dienen, sondern um mit einem Schein des Rechtes von der eigenen Partei jagen zu können, sie sei der Hort wahren Christentums. Zu welchen Geheimnissen das führt, hat Herr Schreyer in Hirslanden gezeigt, wo er behauptete, daß der Apostel Paulus — wenn er heute lebte — nicht mehr Prediger würde, sondern Bauernbundsagitor. Wie es den politischen Kampf vergiftet und daß hat, zeigt jeder neue Tag des Wahlkampfes. Und das alles, weil ein Mißbrauch getrieben wird, mit dem was allen, die Religion haben das heiligste ist.

Leonberg, 8. Mai. Am gestrigen Sonntag hat die Volkspartei an verschiedenen Orten des Leonberger Landtagswahlkreises, zum Teil recht gut besuchte Versammlungen abgehalten. Es sprachen: in Heimerdingen Redakteur Groth-Stuttgart, in Hemmingen, Abg. Löchner, Weingärtner Krämer, in Höffingen Reuter-Stuttgart, Merklingen der Kandidat Hartmann und Abg. Staudenmeyer, Mönchsheim Stadtgeometer Kercher-Stuttgart, Mönchsheim Abg. Löchner und Krämer-Stuttgart, Wamborn Payer II-Stuttgart, Weil der Stadt der Kandidat Hartmann und Abgeordneter Staudenmeyer, in Wimsheim Parteisekretär Staudenmeyer. Außerdem fanden noch an anderen Orten Versammlungen der Parteisekretäre Fischer-Heilbronn und Kueher-Tübingen statt. In verschiedenen Versammlungen kam es zu lebhaften Zusammenstößen mit dem Bauernbund, während die Sozialdemokratie sich fastlich verhielt.

Deutsches Reich.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Mai.

Am Bundesratsmäßig Staatssekretär Delbrück, Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. Die zweite Lesung der

Reichsversicherungsordnung

wird bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen An-

Kapitel IX.

In der Pylharmonie schoben sich die Menschen nur mit großer Mühe aneinander vorbei. Das Gedränge in den Sälen war zeitweise so stark, daß die Leute minutenlang weder vorwärts noch rückwärts konnten. Die Herren auferten ihre Empörung laut und unverblümt. Die Damen, deren sichte Toiletten am meisten litten, konnten sich doch nicht entschließen, das Alceinische zu tun, nämlich dieses seit Jahren stetig wiederkehrende, für seine Ueberfüllung und Ungenügsamkeit berühmte Wohlthatigenfest zu verlassen.

Hier und da auftauchende, an ihren Abzeichen erkennbare Vorstandsmitglieder wurden zornvoll umlagert und mit Fragen belästigt. „Es wird alles besser, wenn erst das Konzert vorüber ist, meine verehrten Herrschaften!“ schrie ein Herr halb verzweifelt mit Stentorstimme. „Dann wird der Hauptsaal frei und wir können bessere Verbindungen herstellen.“

„Wir haben aber unsere Billette teuer bezahlt, um all die großen Künstler zu hören. Und nun ist der Saal polizeilich gesperrt!“ rief ein Empörter.

„Sie täuschen sich, mein Herr.“ antwortete der andere. „Sie nahmen Ihre Eintrittskarten, um den armen Kindern zur Gesundheit zu verhelfen.“

Einige lachten. Die Stimmung wurde gemüthlicher. „Na, das war das erste und das letzte Mal.“ brüllte ein weiterer Enttäuschter. „einen ähnlichen Reinfall habe ich noch nie erlebt!“

Wieder fand der Belagerte die passende Antwort: „Unsere Kleinen bitten ja auch nur, daß man Billets nicht nimmt. Nicht, daß man kommt!“

„Aha! Dort, hört!“

„Bei welcher Programmnummer halten sie jetzt nebenan?“

„Soviel ich weiß, wird Fräulein Anna Götter so gleich den Prolog beenden!“

„Den Prolog? Jetzt um neun Uhr? Donnerwetter! Die Geschichte sollte doch um acht Uhr präzise beginnen!“

Wieder entstand neue Wut. Jedoch das Mitglied des Vorstandes klopfte die Finger in die Thron und stürzte davon.

(Fortsetzung folgt.)

Wiederholen alter Lektüre ist der sicherste Probierstein gewonnener weiterer Bildung. Hebbel.

Theater.

Roman von Ernst Georg (Nachdruck verboten.)

Nach dieser neuen und ziemlich scharfen Zurückweisung erhob sich die Besucherin: „Ich will Sie nun nicht länger hören“, erklärte sie, „ich merke ja, wie der Haß wächst. Sie sind stolz geworden!“

„Kenne widersprach nicht einmal. Sie geleitete nach ein paar höflichen Phrasen die Abhing bis zur Tür. Dort blieb diese stehen. Ein schnelles Lächeln voller Bosheit zuckte über ihr Gesicht. „Haben Sie gehört, daß Votax geantwortet?“ fragte sie.

„Ja, ich las es. Für den Armen bedeutete der Tod eine Erlösung.“

„Und Julia Western ist jetzt in Wien und hat dort einen Maler geheiratet?“

„Sie sandten mir eine Anzeige.“ Kenne erstaunte über die Beharrlichkeit zwischen Angel und Tür.

„Für Frieda Fred haben sie gesammelt. Hat man sich auch an Sie gewendet? Das arme Ding hatte sich in eine galoppierende Schwindsucht gewälkt.“ fuhr Ada fort.

„Das tut mir leid“, entgegnete Kenne bedauernd. „Aber davon ahnte ich nichts. Sie war immer zart.“

„Den Rest hat ihr der Fronkar gegeben“, sagte die Abhing anscheinend harmlos, trotzdem in ihren Augen die Zähne funkelten, „der soll es ja toll treiben, seitdem er Antendant ist! Haben Sie dem das zugestimmt?“

In Kennes Antlitz zuckte keine Miene. Sie beherrschte sich glänzend: „Nein!“ erwiderte sie ruhig, „nie! Und von irgendeiner Niedrigkeit Fronkars wird mich auch kein Mensch überzeugen. Ich schäme ihn wie kaum einen zweiten auf der Welt!“

„Ach, was Sie sagen? Da bin ich recht erstaunt! Man hat so vieles gegen den Mann. Haben Sie ihn näher kennen gelernt, Fräulein Götter?“

Kennes Finger ballten sich zornvoll. „Sehr nahe,“

entgegnete sie trotzdem ruhig, „er war und ist mein bester Freund!“

„Ach, davon ahnte ich gar nichts!“ sagte die Abhing. „Es scheint, Sie sind doch noch nicht genügend über mich orientiert.“ meinte Kenne ironisch, „aber ich muß mir nähere Belehrungen für ein anderes Mal aufsparen. Meine Zeit ist gerade heute.“

Die Besucherin hatte sich nun hastig verabschiedet. Sie ging als Kennes erbitterte Feindin. Diese lehrte in ihr stilles Zimmer zurück und rief, trotz der Kälte, das Fenster auf, um den widerlichen Parfümdunst zu entfernen. Sie selbst begab sich mit ihrer Näherei in den Salon. Und während ihrer Finger Stich an Stich reihen, war ihr feines Antlitz schmerzlich verzogen. Ihre Gedanken wanderten von dem Senator und seinem ehrenvollen, glänzenden Antrag zu Eugen Fronkar. Und dann wieder zu der Abhing und ihren Redereien.

Mit Mutter und Geschwistern hatte sich ein Verlehr entwickelt, der ziemlich feis war. Sie sahen sich höchstens jede Woche einmal. Die Oulfs und ihre Frauen und Kinder hatten sie nach ihrem ersten, glänzenden Auftreten begrüßt und ihr Blumen gesandt. Dann waren feise Besuche ausgetauscht worden, von jeder Seite einer, und damit war der Höflichkeit Genüge getan. — Das Haus des Doktor Derubach, die Familien einiger Kollegen, das waren eigentlich ihre Kreise, denn den Einladungen der großen, tonangebenden Persönlichkeiten, welche auch Schauspieler bei sich verkehren ließen, hatte sie bisher kaum folgen können. Ein paar Nachmittageempfangs, das war alles, denn ihre Abende waren kaum spielfrei gewesen. War einmal einer dazwischen, so hatte sie sich abgepaunt und milde zu Hause gehalten. — Wie anders war das in Hamburg, wo ihr Haus von Gästen nicht leer wurde!

Kenne kaufte und blickte auf ihre Arbeit, glücklich inachtend. Sie brauchte Menschen, wollte Geselligkeit und beschloß sich jetzt hier in Berlin auch in dieser Beziehung eine Stellung zu schaffen. — Die Schauspielerin kannte sich und ihre Kreise. Sie wußte, daß das Theater an dem sie wirkte, ihr Rollenfach, ihre Bildung ihr die besten Mittel des geistigen Berlin erschloß. Und sie nahm sich vor, davon Gebrauch zu machen!

trag zu § 181 fortgesetzt. Der sozialdemokratische Antrag will Wiederherstellung des von der Kommission gestrichenen § 181; er wird abgelehnt. Die Paragraphen 182 und 183 werden nach kurzer Debatte angenommen, desgleichen § 184, der Befreiung der Lehrer und Erzieher an den öffentlichen Schulen usw. von der Versicherungs-pflicht vorsieht, wenn die Dienstleistung nur zur Ausbildung im Beruf erfolgt, unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags auf Streichung der Bestimmung. Das Haus nimmt sodann auch die Paragraphen 185 und 186 an, von denen der letztere die Befreiung von Halbwais-liden von der Versicherungspflicht vorsieht, und lehnt einen auf Streichung dieses Paragraphen gerichteten sozialdemo-kra-tischen Antrag ab. Die Paragraphen 186 a bis 190 werden unter Ablehnung sozialdemokratischer Änderungsanträge nach den Kommissionsbeschlüssen angenom-men und § 192 gemäß dem Beschluß der Kommission unter Ablehnung eines von den Sozialdemokraten eingebrach-ten Antrags gestrichen. Zu § 192 war in der Kommission ein § 192a hinzugefügt worden, wonach die Versicherungs-pflicht in allen Fällen erlöschen soll, wenn das regelmäßige, jährliche Gesamteinkommen 4000 M übersteigt. Kof-fenbühr (Soz.) beantragt diese Summe auf 5000 M zu erhöhen. Nach längerer Debatte wird der Antrag der So-zialdemokratie abgelehnt und § 192 a angenommen.

Die Paragraphen 197 bis 209 beziehen sich auf die Krankenpflege. Zu § 197 beantragt Abg. S a c h e (Soz.) u. a. als Krankengeld nicht den halben, sondern den ganzen Taglohn anzusetzen. Die Anträge werden abgelehnt, des-gleichen in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 59 Stimmen ein Eventualantrag der Sozialdemokraten, an-statt des halben Taglohns drei Viertel desselben als Kran-ken-geld anzusetzen. Die §§ 197 und 198 werden angenom-men. § 199, Ueberweisung der Kranken in ein Kranken-haus, wird angenommen unter Ablehnung eines sozial-demokratischen Antrags, welcher die Krankenhauspflege auch auf Gutachten des behandelnden Arztes eintreten lassen will, ferner, wenn der Kranke einen eigenen Haus-halt nicht hat und die Krankenhauspflege verlangt. Das Haus nimmt sodann die §§ 200—203 an, nachdem zu § 201 ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt ist, der ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage von drei Vierteln des Krankengeldes vorsieht.

Die Paragraphen 204 bis 209 werden nach Absehnung der sozialdemokratischen Änderungsanträge ange-nommen.

Die §§ 210 bis 230 behandeln die W o c h e n h i l f e. Die Sozialdemokraten beantragen bei allen Paragraphen weitgehende Beihilfen unter dem Hinweis, daß es sich hier um die künftige Generation, den bedeutendsten Wert-zuwachs handle. Den Müttern sollte dadurch die Mög-lichkeit gegeben werden, ihrer mütterlichen Pflicht zu ge-nügen. Fr. L. (Fr.): Ich bitte, unseren Antrag anzuneh-men, wonach die Gewährung der Wochenhilfe für Wöc-herinnen, die in der Landwirtschaft oder als Diensthöben be-schäftigt sind, durch die Satzungen geregelt werden soll. Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr ver-zagt. Schluß $\frac{1}{4}$ Uhr.

Der Kaiser im Elsaß.

Strasbourg, 8. Mai. Der Kaiser ist 1.35 Uhr unter dem Geläute der Münsterglocken und unter begeisterten Kundgebungen des Publikums im Automobil nach Metz abgereist. Im Wagen des Kaisers hatten der Statthalter Graf Wedel und Staatssekretär Freiherr Jörn von Bulach Platz genommen.

Metz, 8. Mai. Der Kaiser ist um $\frac{1}{4}$ Uhr im Auto-mobil eingetroffen und hat im Generalstabsquartier Wohnung genommen. Auf dem Wege hieher hat der Kaiser die Werke der Ostfront besichtigt. Auf dem ganzen Weg von Strasbourg bis Metz wurde der Kaiser auf das herzlichste begrüßt. In der Straßener Vorstadt hieß den Kaiser eine große Menschenmenge mit andauernden Hochrufen willkommen. Während folgte der Kaiser einer Einladung des Be-zirkspräsidenten und der Gräfin Zepelin-Nichausen zum Dinner. Auf dem Wege zum Bezirkspräsidenten hatten die Schulen Aufstellung genommen. Heute abend beginnt eine größere militärische Übung.

Berlin, 8. Mai. Der Kaiser hat in Anerkennung des tapferen Verhaltens der Besatzung der bei der Unterdrückung des Eingeborenenaufstandes in Bonape beteiligten Schiffe eine große Anzahl von Auszeichnungen ver-lichen.

Berlin, 9. Mai. Nachdem die Bau-laschener sich mit dem Spruch des Einigungsamtes nicht zufrieden ge-gaben haben und heute in den Ausstand getreten sind, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, ab 16. Mai etwa 40000 Arbeiter der Branche auszusperren.

Dresden, 8. Mai. Heute vormittag zehn Uhr fand auf der Internationalen Hygieneausstellung in Ge-genwart des Königs, des Prinzen und der Prinzessin Jo-hann Georg, der Spitzen der Behörden, des Diplomatischen Korps und zahlreicher Ehrengäste die Eröffnung der aus-ländischen Pavillons statt.

Ausland.

Bar zur Aube, 8. Mai. Die roten Fahnen, die seit dem 19. März auf der Rairie und den Markthallen angebracht waren, sind ohne Zwischenfall entfernt wor-den, ebenso sind die beleidigenden Inschriften beseitigt worden.

Brüssel, 8. Mai. Vor der 2. Kammer begann heute der Prozeß, den Prinzessin Luise von Belgien ange-strengt hat, um ihre Interessen bei der Regulierung des Nachlasses des Königs Leopold zu wahren. Auch Gräfin Leonroy ist vertreten, um eventuell, wie ihre Schwester, den Besitzanspruch auf das in Stützungen, namentlich in Koburg niedergelegte Vermögen, das der Vertreter der Mätressin auf 54 Millionen Frs. schätzt, geltend zu machen. Für die Verhandlung sind etwa 17 Sitzungstage vorge-sehen.

Madrid, 8. Mai. Der Finanzminister hat heute nachmittag der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt,

durch den die Verbrauchsabgaben in den Kreisstädten und die Spezialabgaben auf Alkohol und Salze aufgehoben wer-den. Die Abgaben werden durch verschiedene Steuern ersetzt.

Newport, 9. Mai. Nach Depeschen aus El Paso hat der Führer der Aufständischen Madero gestern Abend die Stadt Juarez angegriffen u. eingenommen. Bei den Kämpfen in den Straßen der Stadt sollen die Regie-rungsstruppen starke Verluste erlitten haben.

Württemberg.

Der würt. Bauwerkmeistervers. hielt in Gmünd seine 30. Tagung ab. Die Tagung, die einen guten Besuch aufwies, wurde vormittags $\frac{1}{2}$ 11 Uhr vom Landesvorstand E. Käßler aus Göppingen eröffnet. Er hielt einen Vortrag über die Erziehung der tech-nischen Jugend. Redner wies darauf hin, daß der Verein sich seit über 10 Jahren mit der Vorbildungsfrage beschäftigt. Der tiefste Grund hierfür sei darin zu suchen, daß man die Ueberfüllung des Standes durch Fernhalt-ung ungeeigneter Elemente eindämmen wolle. Es sei ein Akt der Selbsthilfe, der die Bauwerkmeister gezwungen habe, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ueberall schaffe man Prüfungen und Durchgangsstadien, durch die der einzelne sich durcharbeiten müsse. Da könne man es den Bauwerkmeistern nicht verdenken, wenn sie nicht länger zurückbleiben wollten. In weiteren Ausführungen behan-delte Redner die Wichtigkeit einer guten Allgemeinbild-ung. Eine gründliche praktische Ausbildung, so uner-läglich sie sei, genüge allein nicht. Eine Hebung des Standes erreiche man nicht allein durch Erzielung ma-terieller Vorteile, dringend notwendig sei auch die Schaf-fung ethischer Werte. Der Meister müsse dem jungen Nachwuchs neben der Geschäftsrichtigkeit auch die Be-wahrung sozialen Empfindens gegenüber den Arbeitern beibringen. Man mache leider mitunter die Erfahrung, daß da und dort versucht werde, den jungen Leuten durch Geschenke beizukommen, damit sie bei Warenlieferungen ein Auge zudrücken. Das sei ein Unfug, der nur auf dem Wege der Erziehung beseitigt werden könne. Die technische Jugend müsse zu Männern erzogen werden, welche des deutschen Volkes würdig seien. (Beifall). In der Dis-kussion wurde betont, daß der Verein die Forderung nach einer besseren Allgemeinbildung schon in mehrfachen Eingaben an das Ministerium zur Geltung gebracht habe. Es stehe nun zu erwarten, daß dem Wunsche, in ab-sehbarer Zeit wenigstens teilweise entsprochen werde. Auf dem Gebiet des fachtechnischen Unterrichtswe-sens hat der Verein durch Veranlassung von Einführungs-kursen in das neue Baugesetz auch dieser wichtigen Angelegenheit seine Aufmerksamkeit gewidmet. Auch das Pensionsver-sicherungsgesetz für Privatangestellte wurde in einem Referat behandelt. In einer Resolution erkennt der Bauwerkmeistervers. die Bemühungen des Reichstags an und hofft, es möchte das Gesetz möglichst schnell erledigt werden. Die nächste Landesversammlung soll in Reut-lingen stattfinden. Abends fand im Stadtpark ein Bankett statt.

Zur Stuttgarter Stadtvorstandswahl.

Keine Einigung.

Bei den Verhandlungen zur Stadtvorstandswahl wurde fol-gendes Schlußprotokoll herausgegeben: Die heutige Be-sprechung der verschiedenen bürgerlichen Parteien hat leider zu einer Einigung nicht geführt. Die Nationalliberale und die Konservative Partei traten für die Kandidatur Lautenschlager ein; die Volkspartei dagegen für die Kandidatur Sigel und K e d. Die Vertreter des Zen-trums erklärten, daß K e d für sie annehmbar sei, wenn sämtliche bürgerliche Parteien sich auf ihn einigen könnten. Der Versuch der Volkspartei, eine Einigung für die Kandi-datur Sigel zu erzielen, ist dadurch gescheitert, daß Natio-nalliberale und Zentrum diese Kandidatur ablehnten.

Zu diesem negativen Ergebnis bemerkt der „Beob-achter“: „Mit dieser Uneinigkeit der bürgerlichen Par-teien ist dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten aus schließlich vorgearbeitet. Die Hauptschuld trägt die Nationalliberale Partei, die ausschließlich auf ihrem unmöglichen Kandidaten Lautenschlager, der ihrer Partei angehört, beharrte.“

Die Volkspartei hat auf Montag Abend eine Mitglie-derversammlung einberufen um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Diese Versammlung endete mit die-sem Resultat:

Die Volkspartei unterstützt K e d.

Folgende Resolu-tion wurde dieser Versammlung vom Ausschusse vorgeschlagen: „Die Versammlung der Fort-schrittlichen Volkspartei Groß-Stuttgart dankt dem Aus-schusse für seine Bemühungen, eine gemeinsame Kandidatur mit den anderen Parteien herbeizuführen. 1) Sie hält den von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten, ab-gesehen von den Verpflichtungen, die ihm seine Partei-angehörigkeit auferlegt, nach seiner Tätigkeit in den bürger-lichen Kollegien von Degerloch und Stuttgart nicht für einen geeigneten Repräsentanten der hauptstädtischen Ver-waltung. 2) Sie bedauert, daß die Deutsche Partei es ab-gelehnt hat, gemeinsam mit der Volkspartei die Kandi-datur des O.B.M. K e d oder des Ministerialrats Sigel auf-zustellen, der sich in der Justiz- und Eisenbahnverwaltung sowie als städtischer Oberrichter hervorgetan hat und zur Annahme einer gemeinsamen Kandidatur bereit gewesen wäre, und daß die Deutsche Partei durch einseitige Auf-stellung eines ihrer Parteigenossen die Solidarität des Ge-samtliberalismus aufgegeben hat. 3) Sie erachtet den-jenigen Beamten der Staatsaufsichtsbehörde, der, wie Re-gierungsrat Lautenschlager, als Untersuchungsrichter Stell-ung gegen die städt. Verwaltung genommen hat, nicht als geeignet, diese Verwaltung gegenüber der Staatsaufsicht erfolgreich zu vertreten, auch wenn er seine Auffassung in der neuen Stellung ändern würde; sie kann sich der Tat-sache nicht verschließen, daß die Kandidatur Lautenschlager keine Zugkraft in der Bevölkerung besitzt und zahlreiche Wähler vor der Abstimmung für die Gegenkandidaten be-

stimmen würde. 4) Sie erkennt den O.B.M. K e d, angesichts seiner erfolgreichen Tätigkeit als Oberbürgermeister, an-gesichts des Vertrauens, das er durch diese Tätigkeit, durch sein Auftreten und durch die energische Wahrung der Selbstverwaltung gewonnen hat, als den geeigneten und aus-sichtsreichsten bürgerlichen Kandidaten und wird nach-drücklich für diese Kandidatur eintreten.“ — Diese Reso-lution wurde unter lebhaftem Beifall mit allen gegen 8 Stimmen ohne Debatte angenommen, so daß ein Führer der Volkspartei mit Freuden hinweisen konnte auf die Einigkeit, die sich heute wiederum gezeigt habe.

Gleichzeitig hat die Nationalliberale Partei beschlossen, die Kandidatur Lautenschlager zu un-terstützen. Die Konservativen werden sich wohl ebenfalls hinter die Kandidatur Lautenschlager stellen, wenn nicht das vorzügliche Urteil, das das Zentralblatt der Kon-servativen über Herrn K e d abgab, sie zum Teil wenigstens, veranlaßt für den Göppinger Stadtvorstand einzutreten. Das Zentrum hat sich seine Stellung vorbehalten, wird aber nach seiner Haltung bei den Einigungsverhandlungen zu schließen, sich auf die Seite des Herrn K e d neigen. Da Amtmann Bazille angesichts der nun geschaffenen Si-tuation die offizielle Erklärung abgab, daß er seine Kandidatur vorläufig nicht weiter verfolge und O.B.M. K e d zu Gunsten seines Kollegen K e d seine Kandidatur zurückzog, so verbleiben noch drei Kandidaten: K e d, Lau-enschlager und Lindemann.

Die Kandidatur Lindemann

ist Montag Abend in einer großen Versammlung in der Pie-derhalle den Stuttgartern empfohlen worden. Dabei fiel es auf, daß Herr Westmeyer den Vorsitz führte. Demnach hat sich der Stuttgarter Führer der Radikalen inzwischen damit abgefunden, daß Herr Lindemann als Stadtvorstand auch zu Hofe gehen will. Anders der „Vorwärts“, der schon am Tage nach der Aufstellung des Herrn Lindemann schwere prinzipielle Bedenken äußerte und neuerdings folgendes schreibt:

„Zunächst bleibt es im unklaren, welche Organi-sationsbeschlüsse Genosse Lindemann gemeint hat, die ihm angeblich die Ausübung des Amtes unmöglich machen. Falls solche beständen, hätten sie entweder aufgehoben oder beseitigt werden müssen. Auf keinen Fall geht es aber an, einen einzelnen Genossen von den Be-schlüssen der Gesamtheit zu entbinden und für ihn Aus-nahmen in der Gegenwart oder Zukunft zu machen. Ganz-deste es sich gar um Beschlüsse der Landesorganisation in Württemberg, so wäre die Parteiversammlung eines Wahlkreises sicher nicht berechtigt, diese aufzuheben oder von ihrer Befolgung zu dispensieren. Die Situation, wie sie sich infolge der Ablehnung des Antrags der Par-teileitung und der Annahme einer allgemein gehaltenen Vertrauensresolution für den Genossen Lindemann ge-staltet hat, ist somit durchaus unklar. Jedenfalls wird die Stuttgarter Parteileitung noch weitere Aufklärungen der Parteipublikum wohl nicht vorenthalten. Wir würden uns damit auf jene schiefe Ebene begeben, die die französische Partei eingeschlagen hatte, als es sich um den Eintritt Millerands in die Regierung han-delte. Solche „Genossen auf Urlaub“ hat die Partei bisher nicht gefannt und wird sie wohl auch in Zukunft nicht kennen lernen wollen.“

Herr Lindemann wird sich, falls er gewählt und be-fähigt wird, seinen Urlaubspass schon selber ausstellen. Und zwar einen Urlaubspass von unbegrenzter Dauer.

Mundelsheim, 6. Mai. In Heßigheim werden zur Plünderung des Heu- und Sauerwurms laut Beschluß des Gemeinderats heuer versuchsweise 500 Stück blechene Fonggefäße an die Wäldbergweinbesitzer zur Aufstellung an geeigneten Stellen verteilt. Auch Mundelsheim wird in den an diese Lage anstoßenden Käseberg 1000 solcher Gefäße aufstellen lassen. Der Mottenfang soll überall aber mittelst Klebfächer durch Schulknaben lebhaft betrieben werden.

Nah und Fern.

Steuerdefraudant?

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Redaktionszeitung: „Der Rentner Wolfsmüller in Bonfeld, welcher über ein beträchtliches Vermögen verfügt — man spricht von einer halben Million — steht schon längere Zeit in Ver-dacht, sein Vermögen in den letzten Jahren nicht vollstän-dig versteuert zu haben. Die Verdachtsmomente haben sich nun in letzter Zeit derart verstärkt, daß eine förmliche U n t e r s u c h u n g gegen ihn eingeleitet werden mußte. Es scheint nun auch eine Hausdurchsuchung bei ihm vorge-nommen worden zu sein, denn am letzten Freitag fand sich eine Gerichtskommission bestehend aus dem Vorstand des Kameralamts Heilbronn, einem Amtsrichter, zwei Steuerwächtern und einem Landjäger in Bonfeld ein und hielt bei dem Beschlagnahmten eine Durchsuchung ab. In wie weit diese Durchsuchung Erfolg hat, wird die nach-folgende Untersuchung ergeben; zwei große Pakete, welche die beiden Steuerwächter fortgeschafft, lassen auf nichts gutes schließen; offenbar wurden keine sämtlichen Wert-papiere beschlagnahmt.“

Der Blitz.

Bei einem Gewitter am Samstag abend schlug der Blitz in das sehr hohe Fabrikamin der Firma Heinrich Otto und Söhne in Unterboihingen. 30—40 Meter weit flogen herausgeschlagene Steinstücke und Splitter an die unweit des Kamins stehenden Schabbauten und richteten Schaden an den Glasoberlichtfenstern sowie an den unter ihnen liegenden Maschinen an.

Durch einen Blitzstrahl wurde der Leopold'sche Heuhoß in Sonthem eingeschert. Das Wohnhaus wurde getrefft. Leopold ist versichert.

Tod durch einen Papagei.

Auf seltsame Weise ist, wie durch Wiener Blätter be-richtet wird, zu St. Pölten eine 58jährige Ingenieur's-witwe, Frau Emma Danisch, aus dem Leben geschieden. Frau Danisch hielt schon seit Jahren einen Papagei in ihrer Wohnung, der als äußerst zutraulich und zahm ge-schildert wird. Vor wenigen Tagen nun biß das Tier die Frau in die Hand. Nach kurzer Zeit schwoll die

